

Ostdeutsche Kommunen reduzieren ihren VNG-Anteil 21 auf 15 Prozent



Leipzig. Ende vergangenen Jahres hatten sich die Gesellschafter der VNG auf eine Erhöhung des Eigenkapitals von rund 850 Millionen Euro verständigt. Die Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft VUB, die bislang 21,58 Prozent der Anteile hielt, hat einstimmig beschlossen, ihre Bezugsrechte zum Stichtag 31. Mai nicht auszuüben. Als Grund wurde genannt, dass für ihre eigenen Stadtwerke im Zuge der Energiewende zu viele andere Investitionsaufgaben anstünden. Damit sinkt jetzt der Anteil auf 15,63 Prozent. Die VUB bündelt die Anteile von acht kommunalen Unternehmen in Annaberg-Buchholz, Chemnitz, Dresden, Hoyerswerda und Leipzig in Sachsen, Wittenberg (Sachsen-Anhalt) sowie Rostock und Neubrandenburg in Mecklenburg-Vorpommern.

EnBW und OEW, die beiden übrigen Gesellschafter hatten ihr Bezugsrecht zur Kapitalerhöhung schon im Dezember eingelöst. Unabhängig von der Verschiebung der Anteile werde, so Hauptgesellschafter EnBW, weiter daran gearbeitet, das Unternehmen als wichtigen Player für Energiewende und Strukturwandel in Ostdeutschland zu positionieren.